

**Wahlperiode 2019/2020**

03.04.2019

**Antrag**

**der Fraktionen Campus Grün, SDS\*, Liste LINKS und harte zeiten**

**AStA-Programm für die Legislatur 2019/20**

*Siehe Anlage.*

Hamburg, den 3. April 2019

**gez. Franziska Hildebrandt**

Anlage

## **AStA-Programm für die Legislatur 2019/2020**

### **Stand: 27. März 2019**

#### **1.) Präambel**

### **Gesellschaftliche Transformation durch solidarische Persönlichkeitsentfaltung – zum Wohle Aller**

Die Gründung der Universität Hamburg vor 100 Jahren ist eine demokratisch-aufgeklärte und sozial progressive: Wissenschaft im Dienste des Menschen – kritisch kooperativ, egalitär, der Wahrheit und dem gerechten Fortschritt der Menschheit verpflichtet; gegen elitären Dünkel, Herrschaftsinteressen und Chauvinismus. Sie ist eine Errungenschaft des revolutionären Aufbruchs 1918/19 für Frieden, Völkerverständigung und soziales Wohlergehen in dynamischer demokratischer Entfaltung Aller. Dieses – noch immer unverwirklichte – Erbe steht heute umso drängender auf der gesellschaftlichen Tagesordnung.

Dreißig Jahre Neoliberalismus haben die Welt in eine tiefe Krise gestürzt: Privatisierungen, steuerliche Kapitalbegünstigung, Lohndrückerei, Sozialstaatsabbau und Bankenrettung haben die soziale Ungleichheit explosiv verschärft und extrem rechten Kräften den Boden bereitet für ihre konkurrenzschürende Demagogik; die imperialistische Kriegslüsternheit der USA, das neue, auch europäische, Wettrüsten, die Abschottung der EU-Außengrenzen und die erpresserische Freihandelspolitik sollen den Herrschenden ihre Pfründe auf Kosten der 7,5 Milliarden Restbevölkerung retten; der Profitdrang der multinationalen Konzerne verschärft den Klimawandel.

Gleichzeitig erwachen weltweit massenhaft die Hoffnung und das Engagement der Bevölkerung für eine friedliche, soziale, ökologisch nachhaltige und kulturell erfreuliche Zivilisationsentwicklung. Im solidarischen Kampf zur menschenwürdigen Gestaltung der Welt – von den progressiven Bewegungen der US-Linken, über die Kämpfe der Arbeitenden Lateinamerikas, die erneuten Befreiungsbewegungen in Afrika, den Friedensaktivist\*innen in Nahost bis hin zu den Anti-Austeritätsbewegungen Europas, der linken Sozialdemokratie in Großbritannien, der Flüchtlingssolidarität oder den „Fridays For Future“ – erwächst eine bessere Zukunft schon jetzt.

Der Sinn von Bildung und Wissenschaft ist, zur Verwirklichung dieser Menschheitsaufgaben beizutragen. Die Universität Hamburg hat darin eine herausgehobene Bedeutung, wie in der Hamburger Verfassung von 1949 gefasst: *„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. [...] Um die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu verwirklichen, verbindet sich die politische Demokratie mit den Ideen der wirtschaftlichen Demokratie.“*. Zudem hat sich die Universität bewusst neben dem Leitbild (1998) die Sustainable Development Goals der UN zur Leitlinie wissenschaftlichen Engagements gesetzt. Eine Welt ohne Krieg, Hunger und Armut, mit bestmöglicher Gesundheit und sozialem Wohlergehen, mit einem produktiven Mensch-Natur-Austauschverhältnis und der kooperativen Beteiligung Aller an der Schaffung und dem Genuss der Reichtümer der Erde kann durchgesetzt werden und soll der lebendige Inhalt wissenschaftlichen Erkenntnistrebens in Bildung, Forschung, Lehre, Verwaltung und Selbstverwaltung sein.

In diesem Sinne wirkt der AStA als initiativer Bestandteil der Verfassten Studierendenschaft gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Bündnispartner\*innen in der Stadt und bekräftigt Kolleg\*innen, Kommiliton\*innen der Uni Hamburg und anderer Hamburger Hochschulen dazu, an dieser erfreulichen geschichtlichen Möglichkeit mitzuwirken. Jede\*r hat Bedeutung.

## **2.) Wissenschaftspolitik**

### **Wissenschaft für eine Welt des Friedens und des Wohlstands**

Die in der Einigung der Vereinten Nationen auf die Sustainable Development Goals (SDGs) zum Ausdruck kommende Hoffnung auf eine Welt des Friedens, der Würde und der Solidarität für alle ist materiell längst realisierbar und steht politisch auf der Tagesordnung. Mit dem Anspruch, „Universität der Nachhaltigkeit“ zu sein, greift die Universität Hamburg wissenschaftliche Aktivitäten und Initiativen ihrer Mitglieder auf und trägt so zu ihrer sinnvollen Verbindung bei. In ihrem Engagement zur Realisierung der im Grundgesetz verankerten Grundrechte (Art. 1-20) erhält die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5) ihre positive Bestimmung. Allgemeinwohlorientierte Wissenschaft ist folglich als Aufgabe aller Universitätsmitglieder zu verstehen und erheblich auszubauen.

Dabei gelingt der Kampf gegen den Klimawandel (SDG 13) nicht ohne eine Demokratisierung der Energieproduktion in Gegner\*innenschaft zur gewinnorientierten Konzernmacht fossiler Energieriesen. Frieden (SDG 16) lässt sich nur realisieren, wenn Geschäfte der Rüstungsindustrie und Großmachtstreben des politischen Establishments beendet werden. Die Beseitigung von Armut (SDG 3) erfordert Umverteilung von oben nach unten. Hierfür ist eine eingreifende Wissenschaft notwendig, welche Partei für die Durchsetzung des Allgemeinwohls ergreift und sich als Teil gesellschaftlicher Bewegung versteht.

Im diesem Sinne wirken wir für:

- Wissenschaftsfragen, die sich der wirklichen Menschheitsherausforderungen annehmen. Diese sind notwendige Grundlage kritischer Wissenschaft in Opposition zu den aktuellen Verhältnissen, also Wissenschaft im Interesse der Mehrheit. Deswegen richten wir uns gegen die Erpressungsversuche (Exellenzstrategie), mit denen finanziell und kulturell dazu gedrängt werden soll, im Sinne der Standortlogik unmittelbar verwertbare und mainstreamkonforme Ergebnisse zu produzieren.
- Universität als wissenschaftliches Gemeinwesen, das öffentliche Diskussion und rationale Auseinandersetzung ermöglicht, sodass sich alle Mitglieder der Universität gemeinsam über notwendige nächste Schritte in der Auseinandersetzung um eine humane gesellschaftliche Entwicklung verständigen können. Der Ausbau und die Demokratisierung studentischer und akademischer Selbstverwaltung ermöglichen egalitäre Argumentativität. Außerdem setzen wir uns für die Fortführung der Wissenschaftscafés ein, in denen gemeinsame Auffassungen zu Menschenbild und Wissenschaftsverständnis entwickelt werden können.
- Ein universitätsweites Themensemester, welches durch Zusammenarbeit unter einer gemeinsamen Fragestellung zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit – ökologisch nachhaltiges Wirtschaften, Fluchtursachenbekämpfung, zivile Konfliktlösungen und soziale Ungleichheit – beiträgt.
- Als Studierendenbewegung sind wir Teil der Friedensbewegung: Gemeinsam arbeiten wir für das Überleben und ein besseres Leben der Menschheit. Wir wirken weiter für eine Zivilklausel im Hamburger Hochschulgesetz und dafür, dass die Wissenschaft ihre Bedeutung bspw. für atomare und allgemeine Abrüstung und zivile Konfliktregulierung stärker wahr- und ernstnimmt und gesellschaftlich couragiert eingreift. Wir wollen dazu beitragen, dass die vielen Einrichtungen und Menschen an der Universität, die in diesem Sinne forschen, lehren und studieren, sich gemeinsam als Friedensfaktor begreifen und besser zusammenwirken. Außerdem streiten wir zusammen mit der „Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte“ für einen ausschließlich zivilen Handel über den Hafen und mit der bundesweiten Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ für eine bessere Finanzierung von Bildung, Sozialem, Gesundheit, Wohnen und ökologischem Umbau statt der Erhöhung der Rüstungsetats.
- Bildung und Wissenschaft leisten einen bedeutenden Beitrag zur Völkerverständigung. In diesem Sinne setzen wir uns ein für den Ausbau der internationalen Kooperation von Institutionen und Wissenschaftler\*innen, insbesondere auch aus den Ländern Afrikas und Lateinamerikas, zur gemeinsamen solidarischen Entwicklung. Auch ist - gegen die aktuelle verbale und materielle Aufrüstung - über die wissenschaftliche Zusammenarbeit für ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland zu wirken. Im Kampf für die Wissenschaftsfreiheit sind wir solidarisch mit Wissenschaftler\*innen beispielsweise in der Türkei oder Brasilien, denen eben diese Freiheit dort systematisch unter härtesten Repressionen entzogen wird. Außerdem streiten wir für Fortführung

und Ausbau von Programmen der Flüchtlingssolidarität wie beispielsweise uhhilft und der Refugee Law Clinic.

- Die aktuelle Klimakrise als zentrale Herausforderung für die Wissenschaft: Aufklärung über Ursachen und Folgen globaler Erwärmung ist notwendige Grundlage für die Durchsetzung wirklicher Lösungen. Zur Realisierung einer umfassend nachhaltigen Entwicklung ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Wissenschaften erforderlich: Naturwissenschaften für die Weiterentwicklung nachhaltiger Energiegewinnungsmöglichkeiten, Wirtschaftswissenschaften zur Etablierung eines ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaftssystems, Sozialwissenschaften zur Stärkung der Demokratie, damit Erkenntnisse nachhaltiger Klimaentwicklung auch zu politischen Konsequenzen führen und Erziehungswissenschaft zur Bildung mündiger Persönlichkeiten, die selbstbewusst für ihre Interessen eintreten. In diesem Sinne wirken wir auch in der „Fridays for Future“- Bewegung.

### **3.) Engagiert gegen Rechts**

#### **Ambivalente Polarisierung - Linker Antifaschismus gegen den Rechtsruck**

Der neoliberale Kapitalismus bedeutet exorbitante sozioökonomische Ungleichheit, wachsende Klassengegensätze und kulturelle Spaltungen aufgrund von Herkunft, Geschlecht, etc.. Der Dauereinrede von der Alternativlosigkeit des Bestehenden wird immer weniger geglaubt und es regt sich allen Ortes zunehmend Widerstand. Diese Systemkrise wird von bürgerlichen Konservativen mit einem Rechtsruck und der extremen Rechten mit einer Radikalisierung und gesteigerten Aggressivität beantwortet, um die bestehenden Übel weiter zuzuspitzen. Antifaschismus ist vor diesem Hintergrund das umfassende Wirken für einen tiefgreifenden sozialen, kulturellen und politischen Wandel: für eine radikaldemokratische und solidarische Welt.

Radikal demokratisch ist antifaschistische Politik, indem sie historisches Bewusstsein bildend und zur gemeinsamen Veränderungstätigkeit anregend auf die Durchsetzung der Gleichheit aller Menschen zur gemeinsamen Gestaltung der Gesellschaft pocht. Gegen reaktionäre, anti-egalitäre Kräfte, deren Funktion stets die Aufrechterhaltung und Verteidigung der Herrschaftsverhältnisse mittels der Naturalisierung von Konkurrenz, Ausbeutung und Entfremdung ist, geht es um die Herausbildung und Verallgemeinerung der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses Aller und geht es darum, über die gemeinsamen Lebensbedingungen kollektiv Verfügung zu erlangen.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind dabei weiterhin die fundamentalen Grundsätze einer demokratischen Gesellschaft und Orientierungshorizont für antifaschistische Politik. Von entscheidender Bedeutung ist, dieses Erbe der Französischen Revolution als Programmatik der emanzipierenden Aufklärung und der antifaschistischen Kämpfe aller Welt als Einheit zu begreifen und für ein umfassendes „Nie Wieder!“ zu verallgemeinern. Bildung und Wissenschaft können dabei kulturbildend und lehrreich gegen rechte Mystik wirken und über den humanistischen, emanzipatorischen Impetus und die Wirksamkeit des Bündnisses aller progressiven Weltanschauungen und gesellschaftlichen Kräfte zur Überwindung des Faschismus aufklären.

Antikapitalistisch ist konsequente antifaschistische Politik, da sie für die effektive Trockenlegung des Nährbodens rechter Kräfte arbeitet. Die sozioökonomische Verunsicherung im Zuge neoliberaler Globalisierungspolitiken, die Umdeutung von Freiheit und Gleichheit in die Grundprinzipien marktbasierter Wettbewerbs und die Aushöhlung politischer Prozesse und demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten durch Sachzwangargumente und Disziplinierungsmaßnahmen, wie der Austeritätspolitik, treiben einen Keil in die Bevölkerung. Sie erleichtern die Anrufung von autoritär-rechtskonservativen bis hin zu offen neofaschistischen Deutungsmustern. Dagegen gilt auch hier: Eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, d.h. auch der wirtschaftlichen Basis unserer Gesellschaft, öffnet Raum für Diskussion über die ökonomische und politische Ausrichtung unserer Gesellschaft – rechte Kräfte haben so tendenziell keine Grundlage mehr für ihre Hetze.

Durch die alltägliche, antifaschistisch motivierte Vorwegnahme der Gesellschaft, wie sie sein soll – egalitär und solidarisch – kann schon jetzt der Kampf gegen Rechts gelingen.

In diesem Sinne arbeiten wir hierfür:

- Ein 100-jähriges Uni-Jubiläum, das kritisch-geschichtsbewusst auf eine demokratische Weiterentwicklung gerichtet ist. Dies richtet sich gegen jeden Revisionismus. Wissenschaft kann nur auf Grundlage ihrer widersprüchlichen Geschichte produktiv diskutiert und erneuert werden. Für das Uni-Jubiläum bedeutet dies, den demokratischen Impetus der Gründung ernst zu nehmen und endlich gegen antiegalitäre Strömungen zu verwirklichen. Aber auch, dass 111 Jahre Kolonialinstitut als Grundlage der Universitätsgründung zu reflektieren sind. Wir werden deshalb Veranstaltungen zur Universitätsgeschichte gestalten, wozu auch die weiteren einschneidenden und lehrreichen Ereignisse, wie der Widerstand gegen den deutschen Faschismus, 1968 oder die internationale Solidarität etwa der Allende-Platz-Benennung, gehören.
- An aufklärerischen Interventionen. Eine Konsequenz aus der widersprüchlichen Uni-Geschichte lautet für uns, den rechten, antiwissenschaftlichen Teilen der Universität, die das Erbe des Kolonialinstitut darstellen, den Kampf anzusagen. Gegen die AfD, die Identitäre Bewegung oder autoritäre Professor\*innen hier und überall.
- Am Begreifen von Wissenschaft in den jeweiligen Fächern als notwendig antifaschistisch aufklärend. Etwa in der Medizin durch ethische und historische Reflexion, in den Naturwissenschaften durch die Betonung von Friedenswissenschaft und philosophischer Einbettung, etc.
- An verantwortlichem, tätigen Erinnern an die Geschichte des Widerstandes und die Opfer von Krieg und Faschismus, vor allem auch in stadtweiten Bündnissen im Rahmen antifaschistischer Gedenkveranstaltungen (Stadthaus, Straßenumbenennungen, Nie wieder Bücherverbrennung)

## **4.) Soziales**

### **Gemeinsam für die Vielen statt eigenverantwortlich für die Wenigen**

Für ein gelingendes und erfreuliches Studium sind nicht nur die Studienstrukturen, sondern auch die sozialen Strukturen, in denen wir leben, zu verändern. Der sozialen Ungleichheit gesellschaftlich entgegenzuwirken bedeutet, die wesentliche Hürde für Inklusion auch in der Bildung zu beseitigen und gesellschaftliche Solidarität durchzusetzen. Dies erfordert Kontrahenz zur neoliberalen Ideologie der Eigenverantwortung, der zufolge alle einzeln für ihr Wohlergehen verantwortlich seien und Bildung wesentlich dem Aufstieg in der gesellschaftlichen Konkurrenz diene. Damit werden die meisten Menschen sozial gegeneinander ausgespielt, während die Macht und der Reichtum einiger Weniger unberührt bleiben und sogar zunehmen. Diese Entwicklung gilt es umzukehren. Die sozialen Kämpfe der Studierendenschaft sind als Teil der gesellschaftlichen Bewegungen hierfür zu verstehen und zu realisieren. Das Studium ist eine notwendige gesellschaftliche Tätigkeit, die zur gesellschaftlichen Partizipation und Problemlösung aufgrund des permanenten wissenschaftlich-technischen Fortschritts für alle unverzichtbar ist. Es muss daher auch sozial ermöglicht werden.

Sozialpolitische Kämpfe dienen nicht schlicht dazu, „mehr Geld zu haben“ oder „individuelle Aufstiegschancen“ zu erzeugen. Es geht um die solidarische Entwicklung des Gemeinwesens und die Wiedergewinnung demokratischer Gestaltungsmacht. Deshalb ist Sozialpolitik immer Bündnispolitik in die Stadt hinein: Gegen das „Teile und Herrsche“ setzen wir kontinuierlich die Initiative für gemeinsame soziale Kämpfe mit Bündnispartner\*innen aus Initiativen, Gewerkschaften, Parteien und allen sozialen und kulturellen Bereichen.

In diesem Sinne wirken wir für:

- Vollständige Gebührenfreiheit des Studiums – ohne „Verwaltungskostenbeitrag“, ohne Gebühren für Aufbaustudiengänge und selbstverständlich unabhängig vom Pass. Wir sind solidarisch mit den Studierendenschaften, die in anderen Bundesländern diesen Konflikt erneut führen.
- Ein besser finanziertes, eltern- und altersunabhängiges BAföG als Vollzuschuss ohne Bedarfsprüfung. Das BAföG muss den Bedürfnissen der Studierenden gerecht werden, also den realen Mietpreisen Rechnung tragen, Zugang zur sozialen Teilhabe eröffnen (Theater- und

Kinobesuche, Sportvereine, Kneipenabende), Mobilität sicherstellen und die grundlegenden Kosten des Studienalltags abdecken (Bücher, Kopien, Stifte, Mensaessen). Es ist zudem von Leistungspunkten und Studiendauer zu entkoppeln. Über den freien Zusammenschluss der Studierendenschaften (fzs) suchen wir hier die bundesweite Verständigung fortschrittlicher Studierender zu intensivieren.

- Eine semesteranzahl-, einkommens- und altersunabhängige gesetzliche Krankenversicherung für Studierende geben, unabhängig vom Familienstand.
- Demokratisierung des Studierendenwerks und ein Kulturwechsel in diesem. Das Studierendenwerk ist eine Einrichtung, die von Studierenden und anderen für Studierende gegründet wurde, die zum Teil von den Studierenden finanziert und mitverwaltet wird; es soll den Studierenden in jeder Lebenssituation förderlich sein. Es hat nicht – wie in den letzten Jahren in Adaption der Agenda2010-Ideologie vermehrt – der sozialpolitischen Leistungskontrolle und Auslese zu dienen, weder bei der Wohnungsvergabe noch bei der Bearbeitung von Semestertickets, BAföG-Anträgen oder anderen Förderungen. Dieser Kulturwandel und eine Demokratisierung der Beteiligungsstrukturen stärken das Bündnis von Studierendenwerk und Studierendenschaft für soziale Verbesserungen.
- Ausfinanzierung des Studierendenwerks. Es bedarf einer massiven Erhöhung des staatlichen Grundzuschusses u.a. damit es seinem Sozialauftrag gerecht werden und seine Alltagsleistungen und Verpflichtungen bedarfsgerecht verbessern kann (Instandhaltungen, günstiges Mensa-Angebot, Beratung, tarifliche Beschäftigung).
- Zudem müssen erhebliche Investitionen für den Wohnungsbau des Studierendenwerks erkämpft werden. Dabei müssen Mietpreise deutlich unter dem jetzigen Mietniveau des sogenannten freien Wohnungsmarkts liegen, um sowohl – gerade für internationale Studierende – günstigen Wohnraum zu garantieren, als auch darüber stadtweit solidarisch Druck für die Senkung des allgemeinen Mietpreisniveaus zu machen.
- Für diese Ziele ist es dringend notwendig, Studierende als zentrale Akteur\*innen des Studierendenwerks und nicht als passive Kund\*innen zu verstehen. In diesem Sinn muss die studentische Mitbestimmung in den Gremien des Studierendenwerks intensiv wahrgenommen und ausgebaut werden., z.B. in Vertreter\*innenversammlung und dem Aufsichtsrat sowie in den demokratischen Strukturen von Mensen und Wohnheimen.
- Die Mensen als kulturelle Begegnungsstätte für Menschen aller Mitgliedergruppen der Uni und über diese hinaus ausbauen. Sie sind Orte des politischen, wissenschaftlichen Austauschs und bieten Raum für Regeneration und kulturelle Veranstaltungen. Dafür bedarf es guter Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Ausstattung.
- Ein HVV-Ticket, das solidarisch für alle gelten und günstiger sein muss, als Teil einer stadtweiten Preissenkung des HVV, die das Grundrecht auf Mobilität stärkt. Die Studierenden sind die größte Kundengruppe des HVV und können dies solidarisch mit anderen Gruppen durchsetzen. In Schleswig-Holstein wird ein Semesterticket eingeführt, welches pro Semester 148 € kosten soll und den gesamten ÖPNV von Schleswig-Holstein, aber auch Hamburg beinhaltet. Ein mindestens gleichwertiges Angebot muss auch für die Studierenden in Hamburg erkämpft werden. Zudem wollen wir den „Härtetonds“ zu einem „Sozialfonds“ umwandeln, so dass im Bedarfsfall das Semesterticket behalten werden kann.
- Tarifverträge für alle studentischen Beschäftigten. Die Tarifverträge müssen einen Lohn von mindestens 15€/Stunde beinhalten und allgemein geltende Arbeitsrechte (Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, etc.) garantieren, wozu insbesondere auch eine studentische Beteiligung in der Personalvertretung gehört. Die Tarifbindung ist auch nötig, damit Studierende nicht als „billige Arbeitskräfte“ gegen andere Angestellte ausgespielt werden. Wir wollen mit den wissenschaftlichen und anderen Beschäftigten der Universität, den Personalräten und Gewerkschaften für bessere Tarife, angemessene Eingruppierungen, gegen sachgrundlose Befristungen und für eine bessere Mitbestimmung kämpfen.

Jede dieser Positionen ist ein Angriff auf die Politik der „Schuldenbremse“. Die „Schuldenbremse“ ist eine Emanzipationsbremse. Es ist wesentliche Aufgabe studentischer Sozialpolitik, dies konkret zu verdeutlichen und zur solidarischen Kampagnenfähigkeit der Studierendenschaft beizutragen. Es geht um einen Sozialstaat, in dem die Würde aller verwirklicht und mit der grundgesetzlichen Sozialpflichtigkeit des großen privaten Eigentums ernst gemacht wird (z. B. durch eine relevante Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und höheren Einkommenssteuersätzen für Vielverdiener sowie die Regulierung von Spekulationen und Bankenmacht).

## **5.) Studienreform**

### **Bildung mündiger Subjekte**

*„Ziel universitärer Lehre ist es, Bildung durch Wissenschaft zu ermöglichen. Das schließt die Aufgabe ein, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Studierenden hohe wissenschaftliche Kompetenz erwerben, ihre Fähigkeiten selbsttätig entfalten und sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken und für ihre Zukunftsfähigkeit Verantwortung zu übernehmen.“*

(Leitbild Universitäre Lehre)

Das Studium ist dann bedeutsam und erfreulich, wenn es um die umfassende Bildung der Persönlichkeiten geht: Wenn Inhalt die menschenwürdige Gestaltung der Welt ist und die Kultur entsprechend von solidarischem und kooperativem Lernen bestimmt ist. Die Selbstverpflichtung der Universität auf die Nachhaltigkeitsziele der UN liegt auf dieser Linie. Mit der Weiterentwicklung einer verantwortungsbewusst eingreifenden Wissenschaft wächst auch die Freude an der dafür erforderlichen Gegner\*innenschaft – zur Rüstungsindustrie und zur privaten Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie, zu der profitablen Ausbeutung der Natur und zu rechten bis extrem rechten Menschenfeind\*innen – als eine gemeinsame Angelegenheit.

Für freudvolles Lernen als Teil aufgeklärter Wissenschaft bedarf es unterstützender Studienstrukturen, die solidarisches Lernen, kritischen Weltbezug, Muße zur exemplarischen Vertiefung, persönliche Haltung und Interdisziplinarität befördern. Solche Studienbedingungen müssen neu erkämpft werden gegen die Verengungen und Drangsalierungen der Bologna-Studiengänge (Ba/Ma-System) und die ihr zugrunde liegende Ideologie, Wissenschaft diene der Standortkonkurrenz und das Studium der Ausbildung gehorsamen „Humankapitals“.

In diesem Verständnis wirken wir:

- Für die Abschaffung des Numerus clausus und den Ausbau des Hochschulzugangs ohne Abitur, damit der sozialen (und darüber auch inhaltlichen) Selektion entgegen für die Öffnung und Demokratisierung gewirkt wird.
- Für einen rechtlich gesicherten Bachelor-Master-Übergang für alle Studiengänge, damit das solidarische Miteinander ausgebaut wird und ein gesicherter Studienplatz auch die Souveränität für die demokratischen Teilhabe an den (hochschul)politischen Auseinandersetzungen stärkt.
- Für die deutliche Reduzierung der Anzahl der Prüfungen, insbesondere der benoteten, damit Leistungsdruck und Notenkonkurrenz überwunden und der inhaltlich argumentative Austausch in einem wechselseitigen Lehr-Lernverhältnis zwischen den Uni-Mitgliedern bestimmend werden kann.
- Für die Entkoppelung der Prüfungen von einzelnen Lehrveranstaltungen zu Gunsten von „Prüfungsinseln“, die ermöglichen, die studienbegleitenden Prüfungen zu eigenständig zu bestimmenden Zeitpunkten und Fragestellungen abzulegen.
- Für die Reformierung der verbleibenden Prüfungen weg von der hierarchischen und normativen Leistungskontrolle hin zu einem wechselseitigen Austausch über den Entwicklungsstand und fachliche Ansprüche.
- Für die Aufhebung der „Modularisierung“, damit gegen die Ideologie des abgeschlossenen einzuverleibenden „Wissenskanons“ die stete Weiterentwicklung der Wissenschaften als wechselseitiger Lehr-Lern-Prozess in einer dynamischen Welt zur Geltung kommt.
- Die Ersetzung formaler „Mustersemesterpläne“ zu Gunsten inhaltlicher „Studienpläne“, in denen die Überlegungen und Prämissen des Studienangebots, der Studienanforderungen und eines für sinnvoll erachteten Studienaufbaus offengelegt und begründet werden, so dass im bewussten Bezug auf diese eine persönlich spezifische Studiengestaltung erleichtert wird.
- Für den Ausbau von Projektstudien, in denen über einen längeren Zeitraum kooperativ und in forschendem Lernen und lernendem Forschen eine Fragestellung exemplarisch vertieft werden kann.

- Für die Einführung obligater Nebenfächer in allen Studiengängen sowie für die curriculare Ermöglichung von Kooperationsveranstaltungen mehrerer Lehrender zur Beförderung der Interdisziplinarität und einer universellen Wissenschaft.
- Für eine Stärkung der Orientierungseinheiten als integraler Bestandteil des Studiums, mit ausreichend Zeit für eine kritische Aneignung der Studienbedingungen in ihrer Veränderbarkeit, die Entwicklung erster selbstbewusster Ansprüche an Studium und Wissenschaft, eine Einsicht in die Bedeutung der Selbstverwaltung der Uni und in die Mitwirkungsmöglichkeiten sowie für das Kennenlernen von Mitstudierenden. Die Organisation und Durchführung der OEn soll in der Hand von selbstorganisierten Studierenden (in der Regel den Fachschaftsräten) liegen.
- Für die sinnvolle Ersetzung von STiNE, damit anstelle der unsichtbaren digitalen Autorität die Studiengestaltung und -verwaltung von Studierenden, Lehrenden und Verwaltung kooperativ und souverän verantwortet werden kann.
- Für die Wiedereinführung eines uniweit einheitlichen, lehrveranstaltungsfreien wöchentlichen „Gremientags“ (oder -nachmittags) in allen Studiengängen, weil die Teilhabe an der Weiterentwicklung der Wissenschaften und der Hochschule u.a. in der Selbstverwaltung konstitutiv ist für ein emanzipatorisches Studium.
- Für die Einführung eines „Planungstags“ einmal im Semester in jedem Studiengang, auf dem alle Mitgliedergruppen des Fachbereiches gemeinsam diskutieren, welche inhaltliche Ausrichtung und Weiterentwicklung des Lehrveranstaltungsprogramms sinnvoll ist und wie dies umzusetzen ist.

Für diese Ziele kämpfen wir um Veränderungen des Hochschulgesetzes, der inneruniversitären Regularien wie z.B. der Rahmenprüfungsordnung, der Alltagskultur und nicht zuletzt um eine den Bedarf deckende Hochschulfinanzierung. Wir greifen dabei auf und führen fort, was in Gremienbeschlüssen, Studienreformtagen und dem regelmäßigen uniweiten Dies Academicus entwickelt wurde und was sich z.B. im „Kompetenzzentrum Nachhaltige Universität“, der Zivilklausel in der MIN-Fakultät und dem Leitbild der Universität auch institutionell niederschlägt.

## **6.) Hochschulfinanzen**

### **Bedarfsgemäße Finanzierung von Bildung und Wissenschaft zum Allgemeinwohl statt Schuldenbremse**

Die Schulden- und Vermögenslücke vor dem Hauptgebäude offenbart es ebenso wie die ständigen städtischen Steuermehreinnahmen: Geld ist genug da. Die politisch hergestellte Unterfinanzierung schränkt die Uni Hamburg erheblich in der Verwirklichung ihrer Ambitionen für eine gesellschaftlich verantwortliche und emanzipatorische Wissenschaft und Bildung zum Wohle Aller ein. Damit diese entfaltet und verallgemeinert werden können, wirken wir für die bedarfsgemäße Finanzierung der Uni Hamburg und damit für eine Ende der Schuldenbremse.

Dafür engagieren wir uns für:

- Die erhebliche Erhöhung von Mittelzuweisungen aus öffentlicher Hand, damit das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit und Wahlfreiheit der Bildungsstätte realisiert wird (massiver Ausbau der Studienplätze; 1:1 Ba-Ma-Übergang), damit eine humanistische Studienreform gelingt; damit der demokratische und solidarische Austausch zwischen allen Uni-Mitgliedern und mit der Bevölkerung befördert wird; damit notwendige Sanierungs- und Baumaßnahmen unternommen werden können; damit in Planungssicherheit Perspektiven entwickelt werden können und damit dringende soziale Verbesserungen einschließlich besserer Arbeitsbedingungen und höherer Löhne erreicht werden.
- Die Abkehr von der temporären und wettbewerbsförmigen Mittelzuweisung (u. a. Drittmittel und Exzellenzstrategie) hin zu Dauermitteln. Die gewonnene Zeit durch den Wegfall aufwendigen Antragsschreibens kann sofort sinnvoll genutzt werden. Die Überwindung der Konkurrenz um die Mittel schafft Möglichkeiten des solidarischen argumentativen Streits, der demokratischen

- Entscheidungsfindung und des Vertiefens kritischer wissenschaftlicher Fragestellungen. Daueraufgaben brauchen Dauerstellen und Dauermittel.
- Demokratische Mittelvergabe anhand gesellschaftlicher Herausforderungen, wissenschaftlicher Fragestellung und Entwicklungsnotwendigkeiten statt leistungsbezogene und damit konkurrenzschürende Mittelvergabe.
  - Die uniweite Fortentwicklung des „Kampfs um die Zukunft“, um den verbreiteten noch passiven Unmut über die Unterfinanzierung zu aktiver, solidarischer Gegenwehr zur Schuldenbremse für erhebliche Mittelaufstockung zu entwickeln. Ein weiterer Dies Academicus zur Hochschulfinanzierung zur Vorbereitung der Verhandlungen mit dem Senat im Jahr 2020 für den Haushalt 21/22 ist zu überlegen.

Für jegliche soziale Progression muss die Schuldenbremse gelöst werden, die formal ab 2020 den Ländern jegliche Kreditaufnahme verbieten soll und damit den Schuldendienst bei Banken, Privatisierungen öffentlicher Güter und Sozialstaatsabbau forciert. Stattdessen sind massive Investitionen in Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung und Kultur gesellschaftlich dringend geboten. Wir weiten deshalb die Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“ aus, mit der wir die Schuldenbremse aus allen Köpfen, Regelungen und Verfassungen streichen.

- Mit einer Unterschriftenkampagne soll ein Volksentscheid über die Streichung der Schuldenbremse aus der Hamburgischen Landesverfassung durchgesetzt werden, um Investitionen in die emanzipatorische Daseinsfürsorge zu ermöglichen – als erster Schritt für ihre Streichung auch aus dem Grundgesetz und den europäischen Verträgen.
- In internationaler Solidarität machen wir uns daran, in der Höhle des Löwen eine neue Stufe der Solidarität in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen als Anti-Austerity-Bewegung herauszubilden. Denn hier in der BRD, dem Exportweltmeister der Austerität, muss der Durchbruch im Interesse der weltweiten Bevölkerung für eine progressive Politik-Wende gelingen. Wir organisieren Veranstaltungen zur europaweiten Koordinierung der Anti-Austeritäts-Proteste und wirken mit den ASten anderer Hochschulen (in Hamburg und der BRD) sowie mit weiteren Bündnispartner\*innen für eine bundesweite, hochschulisch initiierte Bewegung gegen die Schuldenbremse.
- Wir setzen mit Aufklärungsmaterial, Gesprächskampagne, Infotischen, Seminaragitationen und öffentlichen Aktionen darauf, dass wir uns gemeinsam qualifizieren, die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und Geschichte gemeinsam zu machen.

## **7.) Hochschulbau**

### **Geschichtsbewusst, egalitär und nachhaltig in der Einheit von Form und Inhalt**

Die Universität Hamburg ist inmitten der Stadt platziert und mit dem kulturellen Alltag und gesellschaftlichem Leben eng verbunden. Der Hauptcampus liegt im ehemaligen jüdischen Grindelviertel und kritisch engagierte Studierende haben die Benennung von Uni-Adressen nach Martin Luther King und Salvadore Allende erkämpft. Diese räumliche Lage verpflichtet und unterstützt die Hochschulmitglieder darin, sich mit Geschichtsbewusstsein einer gesellschaftlich verantwortungsvollen Wissenschaft zu widmen.

Universitätsmitglieder, Anwohner\*innen und umliegende Gewerbetreibende haben sich die Bedeutung der Universität in der Stadt neu angeeignet in der Gegner\*innenschaft zum Versuch des CDU-Senats, die unliebsame linke Universität mit einem kompletten Neubau im Hafen zu versenken. Durch dieses Engagement, den „Kampf um die Zukunft“ und die Kampagne gegen die Schuldenbremse wurde der Unibau nach dem jahrzehntelangen Sanierungsstau neu in Bewegung gebracht. Die Neubauten an der Bundesstraße und die Anmietung der alten Post in der Schlüterstraße haben wir als Uni so jüngst erstritten. Für den Ausbau der Uni in angemessenem Tempo und für eine vernünftige inhaltliche Bestimmung und Gestaltung baulichen Entwicklung werden wir weiter kämpfen:

- Für die Überleitung des Unibaus in einen dauerhaften planvollen und demokratischen Prozess der geschichtsbewussten, barrierefreien und nachhaltigen Sanierung und Erweiterung, der dann auch die Gewinnung stimmiger Ausweichflächen ermöglicht und insgesamt – mit geringeren Aufwendungen, als in Hauruckaktionen alle 30 Jahre – bessere Ergebnisse bringt.
- Für das Eigentum der Stadt an allen Gebäuden, die der Universität zu ihrer sinnvollen und eigenständigen Nutzung überlassen werden. Dafür ist das Mieter-Vermieter-Modell sofort zu beenden. Eine Nutzung der Gebäude zum Wohle der Allgemeinheit gelingt nur, soweit die Öffentlichkeit und die Nutzer\*innen, also die Stadt und die Universität, demokratisch über sie verfügen. Dazu zählt auch, eine gewisse Großzügigkeit in den Planungen durchzusetzen, statt die Kostenminimierung zum engstirnigen Sinn der Entwicklung zu machen. Die souveräne Aneignung der Gebäude durch die Mitglieder, zum Aufenthalt einladende Foyers, Flure und Räume sind wesentlich für ihre demokratische Nutzung. In diesem Sinne ist auch der Brandschutz kein Selbstzweck.
- Für die bauliche Einheit von Forschung, Lehre, Verwaltung und Selbstverwaltung. Die Präsidialverwaltung und das Campuscenter sind aus ihren Ufos zu befreien, sie müssen am Campus angesiedelt Teil des universitären Lebens werden.
- Um die weitere Benennung von Hörsälen und Straßen nach Antifaschist\*innen und die Verlegung weiterer Stolpersteine. Statt bspw. das koloniale Erbe zu „würdigen“, wie es mit der Benennung der Straßen im Überseequartier nahegelegt wird, bezieht sich humanistisch eingreifende Wissenschaft positiv auf diejenigen, die vor uns um eine demokratische, friedliche und soziale Gesellschaft gekämpft haben und damit Grundlagen geschaffen haben, auf denen wir heute fortschrittlich wirken können.
- Beispielgebend ist mit der Sanierung des Philturms in diesem Sinne sofort zu beginnen. Seine bisherigen Bewohner\*innen wissen am besten, woraufhin die egalitäre, funktionale und weltverbundene Kommunikation befördernde Einheit der unterschiedlichen Gebäudefunktionen aus Seminar, Bibliothek, Studienbüro, Fachschaftsrat, selbstverwalteten Räumen, Prof-Zimmern jeweils auf einem Stock zu erhalten und weiter zu entwickeln ist. Die Raum- und Belegungsplanung ist daher wieder zu demokratisieren.
- Das Freiluftkino am Philturm belebt das Gebäude. Eine Ausstellung zum Philturm in der Übergangsunterkunft Ü35 soll die Geschichte dieses mit '68 eng verbundenen Baus, die Kunst am Bau und die hohe Funktionalität der egalitären Belegung ins Bewusstsein bringen und Maßstäbe für die Sanierung setzen. Von dieser Setzung aus ist auch die Übergangsunterkunft Ü35 zu kultivieren: kooperative Perspektivbildung statt Vereinzelungsanlage!
- Im Widerspruch zu einer sinnstiftenden Universitätsbauentwicklung steht der geplante Umzug der Reste der Physik, der Chemie und von Teilen der Biologie zum Drittmittel- und Prestigebeschleuniger an den Stadtrand nach Bahrenfeld. Die Verwirklichung der SDGs als Programmatik der Universität erfordert die sozial und geschichtlich bewusste Kooperation insbesondere über Fächergrenzen hinweg. Alle Fächer benötigen daher eine Perspektive im Stadtzentrum und in enger räumlicher Nähe zueinander.

## **8.) Arbeitsweise**

### **Für eine Kultur der Solidarität**

Die Verfasste Studierendenschaft ist erkämpfte Möglichkeit solidarischer Interessensvertretung. Voraussetzung und Ziel des gemeinsamen Engagements ist eine solidarische Kultur unter allen Mitstreiter\*innen. Als progressive Aktive der Studierendenschaft wollen wir Initiator\*innen und Knotenpunkt einer solchen Kultur sein:

- Die politische und solidarische Bewusstseinsbildung u.a. mit Go-Ins in Seminare und Vorlesungen, mit Infotischen, Vollversammlungen, Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen, politischen Aktionen und Kulturveranstaltung wollen wir, entgegen der neoliberalen Einrede, der Mensch sei egoman und ohne Gesellschaft, fördern. Regelmäßige Publikationen sollen ebenfalls zur

- Ermunterung zum politischen Eingreifen beitragen. Wir nehmen uns vor, die „Außenbereiche“ der Uni stärker u.a. mit Publikationen, Infotischen und Veranstaltungen zu politisieren.
- Mit Kulturveranstaltung aller Art (Film, Lesung, Dichtung, Konzert, Feiern und (OpenRaum-) Festival) wollen wir gemeinsam aus der Geschichte lernen, die aktuellen Verhältnisse hinterfragen und verändern. Die Kultur des gemeinsamen Diskutierens und Feierns wollen wir mit mitgliederübergreifenden Partys nach uniweiten Veranstaltungen wie den Dies Academicus befördern. Wir wollen teamgeistfördernde und solidarische Fußballturniere, ohne gelbe und rote Karten, zur körperlichen Betätigung, progressiven Involvierung und zum Kennenlernen organisieren.
  - Das Studierendenparlament ist Forum des politischen Disputs und Austauschs zur Entwicklung der gemeinsamen Arbeit. Es soll alle zwei Wochen tagen, öffentlich bekannt gemacht werden und so gestalten sein, dass Kommiliton\*innen mitlernen, -diskutieren und -eingreifen können. Dafür bedarf es einer Geschäftsordnung, die eine solche Sitzungskultur unterstützt, wofür die „alte“ GO gute und richtige Grundlage ist. Die Wahlen zum StuPa sind in diesem Sinne zu redemokratisieren.
  - Wir suchen den dauerhaften Austausch in und mit den Fachschaftsräten zur Realisierung der studentischen Interessenspolitik. Die FSRe sind die Basisorganisationen der Verfassten Studierendenschaft. So sind sie bedeutende Bezugspunkt zur Bildung der solidarischen Alternative zur Bachelor-Master-Hetze. Die Zusammenarbeit der kritischen Aktiven wollen wir ausbauen.
  - Die demokratische Möglichkeit der Interessenspolitik zur Förderung des Allgemeinwohls nehmen wir auch in der Akademischen Selbstverwaltung wahr. Studentische Interessenvertretung und eine positive Entwicklung für die gesamte Hochschule und alle ihre Mitglieder bilden dabei eine Einheit.
  - Mit der Beratung im AStA wollen wir sozialkritisch und solidarisch zusammenarbeiten, so dass politische Kampagnen gemeinsam und gegenseitig befördernd unternommen werden.
  - In der Arbeit mit den teilautonomen Referaten im AStA (Alle Frauen\*, RBCS, RiS und Queer) wollen wir die emanzipatorische Entwicklung aller entfalten. In Reflexion ihrer politischen Eigenständigkeit und Spezifik wollen wir die zentralen Kampagnen der Studierendenschaft möglichst gemeinsam unternehmen.
  - Der Austausch und die Zusammenarbeit aller Hamburger Studierendenschaften ist zu pflegen und auszubauen, weil wir in denselben Auseinandersetzungen arbeiten. Gemeinsame Ambitionen, wie die Zivilklausel im Hamburgischen Hochschulgesetz, wollen wir vertiefen. Die LandesAStenKonferenz ist in diesem Sinne zu beleben.
  - Bundesweit wirken wir im „freien Zusammenschluss studentInnenschaften e.V.“ für kämpferische studentische Politik und Solidarität.
  - Die spezifische Interessenvertretung der Studierenden wird im Einklang mit dem allgemeinen Wohl realisiert. Wir suchen die Kooperation mit den Gewerkschaften und besonders deren Jugenden, mit der Friedensbewegung, den sozialen Bewegungen sowie mit anderen progressiven Initiativen und Bündnissen.